



Name: _____

Abiturprüfung 2018

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(20 Punkte)*
2. Erläutern Sie die veränderte Rolle der Frau und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozesse im Deutschen Kaiserreich und charakterisieren Sie anschließend das Frauenbild des Autors. *(36 Punkte)*
3. Bewerten Sie das Frauenbild des Autors vor dem Hintergrund der Wertvorstellungen des Grundgesetzes. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Daniel Frymann: Wenn ich Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. Leipzig 1913, S. 118 – 121
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

In seinem 1913 unter dem Pseudonym Daniel Frymann erschienenen Bestseller „Wenn ich Kaiser wär“ – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“ schreibt Heinrich Claß¹:

Die Frauenfrage

Auf dem Boden der Familie ist die *Frauenfrage* entstanden, deren Bedeutung heute von niemand verkannt werden wird. Bei der Erörterung des Wahlrechts ist bereits ausgeführt worden, daß die politischen Bestrebungen der Frauen nicht als berechtigt und nützlich angesehen werden können. Die Teilnahme der Frauen am Kampfe der Parteien, ist von vornherein etwas, 5 gegen das jedes gesunde Gefühl sich sträubt; diejenigen Frauen, die ihre Gleichberechtigung mit den Männern durch politische Tätigkeit glauben beweisen zu müssen, mögen sich einmal bei männlichen Bekannten erkundigen, warum und in welchem Umfange unser öffentliches Leben so verwildert ist. Es fällt² schwer, Männer von Ehre zu finden, die sich z. B. den Unflätigkeiten³ eines Wahlkampfes aussetzen, und es ist eine bekannte Tatsache, daß in immer 10 wachsendem Maße Besitz und Bildung sich von dem Kampfplatz zurückziehen, auf dem sie entrechtet sind. Und nun sollten wirklich unsere Frauen von allen guten Geistern so verlassen sein, daß sie sich in diesen Wirrwarr hineinstürzen wollen!

Sie sollen überzeugt sein, daß gerade die Männer, die am deutschesten denken und fühlen, denen die Frau am heiligsten ist, gegen dieses Verlangen aufs äußerste ankämpfen werden. 15 *Das ist keine Frage des Rechtes zwischen Mann und Frau, wie überhaupt die Bezeichnung „Frauenrecht“ durchaus schief ist; es ist eine Frage der Arbeitsteilung.*

Wer vom „Frauenrechte“ spricht und es den Frauen erobern will, der steht, ob er es weiß oder nicht, unter der Einwirkung der unheilvollen Rousseauschen Lehre von der Gleichheit aller Menschen⁴, ohne daran zu denken, daß dieser furchtbar falsche Satz in diesem besonderen 20 Falle schon durch die Verschiedenheit der Geschlechter, ihrer Anlagen, ihrer Leistungsfähigkeit und Urbestimmung widerlegt ist.

Die Natur selbst hat jedem Geschlechte seine Aufgabe bestimmt und eine Arbeitsteilung vorgesehen, an der in den hauptsächlichen Funktionen auch die weitestgehende Emanzipation nichts würde ändern können.

25 Was zur Versagung des Wahlrechts an die Frauen zu bemerken ist, habe ich oben kurz dargelegt, und es erscheint mir so durchschlagend, daß keine deutschbewußte Frau dem Trugbilde solches politischen Rechtes weiter nachjagen wird. Versteht man die Teilnahme an der Politik so, daß die Frauen wissen wollen, was vorgeht in unserem Volke, daß sie teilnehmen wollen an den Sorgen ihrer Männer und Söhne und sich mit ihnen freuen; daß sie in die Lage 30 versetzt werden sich ein Urteil zu bilden – kurz, denkt man an ein Unterrichtetsein über den

¹ Heinrich Claß (1868 – 1953) war von 1908 bis 1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und wurde vor allem durch seine zahlreichen Schriften bekannt.

² im Original „hält“

³ Unflätigkeit: Unhöflichkeit, Schmutz

⁴ Der Philosoph Jean-Jaques Rousseau (1712 – 1778) ging von der natürlichen Gleichheit der Menschen aus.



Name: _____

Zustand des Vaterlandes, so wird man antworten, das haben längst alle Frauen, die es haben wollten, und dafür brauchen sie nicht zu kämpfen.

35 Wenn schließlich patriotische Frauen meinen, man solle gerade aus Gründen der Staatserhaltung ihr Geschlecht so mit politischem Wissen ausstatten, daß sie die Kinder zu guten Deutschen erziehen können, so sei gewarnt vor dem Versuch, in der Kinderstube bereits mit staatsbürgerlicher Erziehung anzufangen. Die Stärke der Frau ist der Instinkt – die deutsche Frau wird, wenn sie ihres Volkstums bewußt ist und stolz auf ihre Geschichte, seine Größe, seine Taten, aus ihrem Instinkt den Kindern nach Stimmung und Gefühl ihr Vaterland so wert machen, daß sie zum Denken erwacht, nicht anders können, als es lieben.

40 *Diese Gefühlsgrundlage zu schaffen, ist eine edelste Aufgabe* – wollt ihr dies politische Arbeit nennen, weil sie später politische Folgen hat, so sei euch die Freude am Worte gelassen.

Gegen die politischen Ansprüche der Frauen also müssen wir uns wehren, wobei es sie trösten mag, daß wir der Mehrheit der Männer die gleichen Ansprüche bestreiten; *politisch darf es eine Frauenfrage nicht geben.*

45 Daß es *eine soziale Frauenfrage gibt*, steht fest, und daß sie als ein wichtiger Teil der großen sozialen Frage besondere Sorge erheischt⁵, desgleichen; ihre Ursachen, ihre Geschichte zu schildern, ist nicht die Aufgabe dieser Schrift, wohl aber sei ausgesprochen, daß es eine ernste Pflicht der deutschbewußten Männer ist, die Lösung der sozialen Frauenfrage zusammen mit den Frauen zu suchen und zu erstreben.

50 [...]

Ganz gewiß ist es ein Stück nationale Arbeit, dem Teile der deutschen Frauen, die nicht zur Ehe schreiten, ein ihrer würdiges Dasein zu bereiten – eins aber werde vermieden, daß das weibliche Geschlecht den Männern in Berufen Wettbewerb bereitet, die ihm fern liegen; solche Konkurrenz muß die wirtschaftliche Lage der Männer verschlechtern und würde die Zahl
55 der unversorgten Frauen weiter vergrößern.

⁵ erheischen: erfordern, verlangen

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2018

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (20 Punkte)
2. Erläutern Sie die veränderte Rolle der Frau und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozesse im Deutschen Kaiserreich und charakterisieren Sie anschließend das Frauenbild des Autors. (36 Punkte)
3. Bewerten Sie das Frauenbild des Autors vor dem Hintergrund der Wertvorstellungen des Grundgesetzes. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Daniel Frymann: Wenn ich Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. Leipzig 1913, S. 118 – 121
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2018

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. *Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte*
Inhaltsfeld 3: Die moderne Industriegesellschaft
 - Die „Zweite industrielle Revolution“ und die Entstehung der modernen Massengesellschaft
 - Veränderungen von Familie und Geschlechterrollen
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Autor (Daniel Fryman / Heinrich Claß), die Textsorte (Auszug aus einem Buch), Erscheinungsort und -zeit (Leipzig, 1913), die Adressaten (Leserschaft, interessierte Öffentlichkeit), und die Art des zu untersuchenden historischen Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema des vorliegenden Textes in etwa: die Gleichberechtigung von Mann und Frau.	2
3	formuliert als Kernaussage: Die politische Gleichberechtigung der Frau sei aus vielen Gründen abzulehnen.	4
4	arbeitet den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt heraus: Frymann/Claß • erklärt, warum die politische Teilhabe der Frauen abzulehnen sei, • behauptet, die Natur habe jedem Geschlecht eine eigene Rolle zugewiesen, • erläutert, warum er den Frauen das Wahlrecht verweigert, • spricht sich für wirtschaftliche Verbesserungen für Frauen im Kontext der Sozialen Frage aus.	4
5	gibt die Hauptaussagen des Textausschnitts in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punkteanteile ausweisen zu können.): • Die politische Arbeit sei hart und unsauber und damit für Frauen unangemessen, weshalb national eingestellte Männer deren politische Beteiligung ablehnten. • Die Vorstellung Rousseaus von der Gleichheit von Mann und Frau sei falsch, vielmehr unterschieden sie sich wesentlich und beide hätten jeweils eigene Aufgaben zu erfüllen. • Frauen hätten auch ohne Wahlrecht und Teilhabe die Möglichkeit politisch unterrichtet zu werden und staatsbürgerliche Erziehung sei auch nicht ihre Aufgabe. Die große Aufgabe der Frau sei es, Patriotismus zu vermitteln und dafür brauche es keine politische Mitsprache. • Es sei die Pflicht der Männer, zusammen mit den Frauen eine Lösung der sozialen Nöte der Frauen zu finden; es dürfe jedoch auf dem Arbeitsmarkt nicht zu einem Wettbewerb zwischen den Geschlechtern kommen, da dies für beide Geschlechter negative Folgen habe.	8
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	erläutert die veränderte Rolle der Frau und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozesse im Deutschen Kaiserreich, indem er sich auf folgende Gesichtspunkte bezieht:	
1	den Wandel der Frauenrolle im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben im Zuge der Industrialisierung, mit dem einherging, dass Frauen immer öfter für den Familienunterhalt arbeiteten, gleichzeitig aber auch begannen, Rechte und Gleichberechtigung für sich einzufordern. Er nennt mindestens drei Aspekte, z. B.: • den Umstand, dass besonders Frauen aus unteren Gesellschaftsschichten, die zuvor oft in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, im Kaiserreich in den Metropolen Arbeit als Dienstmädchen oder Fabrikarbeiterinnen fanden, • den Sachverhalt, dass bezahlte Frauenarbeit während dieser Zeit zwar monoton und schlecht bezahlt war, Frauen aber auch größere Selbstständigkeit (und zum Teil innerfamiliäre Mitsprache) ermöglichte und zum Wandel der Frauenrolle erheblich beitrug, • die Unterschiede zwischen der weiblichen Berufstätigkeit in Familien der Arbeiterklasse, die auf den Lohn angewiesen waren (30 % aller Erwerbstätigen), und der Berufstätigkeit im Bürgertum, in welchem Frauen nur selten arbeiteten, und wenn, dann als Lehrerinnen oder in der Kranken- und Sozialpflege, • das zunehmende Infragestellen des Patriarchats durch Frauen, • die ersten Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen im Juli 1878, • das allmähliche Aufweichen eines patriarchalisch-autoritären Rollenverständnis, welches mehr und mehr mit der Realität der Modernisierungsprozesse kollidiert, • die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“ 1865, • die Spaltung der Frauenbewegung in ein bürgerliches und eine sozialistisches Lager, • die dennoch vorhandene Gemeinsamkeit beider Frauenbewegungen, die politische Gleichberechtigung sowie ein Recht auf Arbeit einforderten, • die ersten Erfolge der Frauenbewegungen, die Frauen mehr Rechte verschaffte, die jedoch bis 1914 nicht dazu führten, dass Frauen höhere Berufe (mit Ausnahme von Lehrerin oder Medizinerin) annehmen durften.	10
2	auf wesentliche wirtschaftliche Modernisierungsprozesse in der Phase der Hochindustrialisierung und der Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und auf den damit verbundenen Umbruch der industriekapitalistischen Arbeitsweise in Deutschland; er berücksichtigt dabei mindestens zwei Aspekte, z. B.: • ein zunehmendes Wachstum des sekundären Sektors, verbunden mit einer starken zahlenmäßigen Zunahme der Industriearbeiterschaft, • die weiter wachsende Bevölkerung und die Landflucht mit der Folge des Stadte-wachstums, • wesentliche Kennzeichen des Wirtschaftsliberalismus und des Erwerbs- sowie Gewinnstrebens, welche den Wettbewerb, Konkurrenz und den freien Markt als ordnungspolitische Vorstellungen für die Wirtschaft propagieren, • die weiter fortschreitende Geltung kapitalistischer Grundprinzipien und Marktme- chanismen, • die entstehenden Industrien und die Entstehung eines freien (zunftungebundenen) Unternehmertums, • die Intensivierung von Handel und Produktion durch Schaffung eines nationalen Marktes mit Hilfe der Gründung des Deutschen Reiches, • die zunehmende Ablösung von Handarbeit durch Maschinenarbeit in Fabriken bzw. die Herausbildung neuer Dienstleistungsberufe v. a. im Bereich geringqualifizierter Arbeitskräfte.	8

3	auf wesentliche gesellschaftliche Modernisierungsprozesse im Zuge der 2. Industriellen Revolution und die mit ihnen verbundenen Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen; er berücksichtigt mindestens zwei Aspekte, z. B.: • die Entstehung eines Widerspruches zwischen der abhängig beschäftigten Lohnarbeiterschaft und den Besitzern der Produktionsmittel, • die durch die zunehmende Urbanisierung und auch die damit verbundene Konkurrenzsituation hervorgerufene Wohnraumknappheit, • die insgesamt schlechte Lebenssituation und -perspektive vieler Arbeiter und ihrer Familien (mangelnde Bildungschancen, familiäre Spannungen angesichts der schlechten Rahmenbedingungen u. a.), • die räumliche Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung, die oftmals dazu führte, dass lange Wege zur Arbeit in Kauf genommen werden mussten, • die Erfahrung wirtschaftlicher Unsicherheit als Folge konjunktureller Schwankungen durch die Krisen der 1870er Jahre und die nachfolgende Phase gebremsten Wachstums, • die eingeschränkten Möglichkeiten der Arbeiter, sich inner- und überbetrieblich gegen ihre Situation zu wehren und für Verbesserungen zu kämpfen (Streik- und Koalitionsverbot, staatliche Repressionsmaßnahmen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung), • die zunächst weitgehende staatliche Abstinenz im Hinblick auf gesetzgeberische Aktivitäten zum Arbeitsschutz, zur sozialen Absicherung der Arbeiterschaft, • die staatlichen Reaktionen auf soziale Missstände zur Verbesserung der Situation der Arbeiter und ihrer Familien mit dem Ziel ihrer positiven Integration in den Staat und ihrer Abwendung von der Sozialdemokratie: Einschränkung der Kinderarbeit, Einführung einer gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung (1883, 1884, 1889), • eine allmähliche Verbesserung der Lage der Arbeiter z. B. durch steigende Real-löhne, Verkürzungen der Arbeitszeit, Verbesserungen der Wohnsituation und eine Verbesserung des Arbeitsschutzes.	8
4	charakterisiert anschließend das Frauenbild des Autors als chauvinistisch, patriarchalisch und reaktionär. Er bezieht sich dabei auf mindestens zwei Aspekte, z. B.: • die chauvinistische grundsätzliche Ablehnung des Autors, den Frauen das Wahlrecht zukommen zu lassen, • die Berufung des Autors auf die angeblich von der Natur vorgegebene Rollenverteilung („... wie überhaupt die Bezeichnung „Frauenrecht“ durchaus schief ist; es ist eine Frage der Arbeitsteilung“), bei der der Frau die Aufgabe zugeschrieben wird, sich um den Haushalt und die Erziehung der Kinder zu kümmern, woraus sich das patriarchalische Rollenbild des Autors ableiten lässt, • die als chauvinistisch und reaktionär zu bewertende Aussage, dass keine „deutschbewusste“ Frau weiter nach Dingen wie Wahlrecht etc. streben wird, • die Betonung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau, in Verbindung mit der Behauptung, dass Frauen sich für die politische Arbeit nicht eigneten, was die chauvinistische Haltung des Autors untermauert, • die explizite Ablehnung der Vorstellung von der Gleichheit der Menschen, • den ironischen und emanzipierte Frauen missachtenden Ton, der in dem Textauszug deutlich wird, • die Warnung davor, dass Frauen, die arbeiten, mit den Männern in Konkurrenz stünden, was vermieden werden müsse.	10
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	bewertet das Frauenbild des Autors vor dem Hintergrund der Wertvorstellungen des Grundgesetzes, indem er sich auf Aspekte bezieht, die das Frauenbild des Autors verdeutlichen und dieses als nicht mit den Wertvorstellungen des Grundgesetzes und dem heutigen Frauenbild vereinbar kennzeichnet, z. B.: • die allgemeine Einschätzung des Autors, dass die Frau gegenüber dem Mann nicht gleichgestellt sei, während heute alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind (Artikel 3 des Grundgesetzes), • die Ablehnung des Wahlrechts für Frauen, welches im Grundgesetz (Artikel 38) natürlich auch Frauen zugebilligt wird, • die Argumentation des Autors, dass die Natur die Rolle der Frau vorgebe und diese sich um Haushalt und Kinder zu kümmern habe, weshalb die Frage nach Rechten für die Frau „schief“ sei, während das Grundgesetz die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert (Artikel 2 des Grundgesetzes), • die Ablehnung des Autors einer Gleichstellung der Frau mit dem Mann, da sich diese durch „Geschlecht, Leistungsfähigkeit und Urbestimmung“ vom Mann ganz wesentlich unterscheide, während die Lehre von der Gleichheit von Mann und Frau im Grundgesetz verankert ist, • die chauvinistische Haltung, dass Frauen in der Politik und in der politischen Arbeit nichts verloren hätten, während es heute normal ist, dass Frauen sich politisch engagieren und politische Ämter ausführen, • das indirekte Absprechen von Rationalität bei Frauen, die sich stattdessen über ihren Instinkt auszeichneten, was die geringe Wertschätzung gegenüber Frauen zeigt, während heute zwischen den intellektuellen Fähigkeiten von Frauen und Männern nicht mehr ernsthaft unterschieden wird, • die Forderung des Autors, dass verheiratete Frauen prinzipiell nicht arbeiten und ihren naturgegebenen Pflichten (Haushalt, Kindererziehung) nachkommen sollten, während verheiratete Frauen heute selbst entscheiden können, ob sie arbeiten wollen oder nicht, was das Grundgesetz in Artikel 12 fixiert, • die Warnung des Autors, dass unverheiratete und arbeitende Frauen den Männern nicht die Arbeit wegnehmen dürften und man dies verhindern müsse, während Frauen heute über das Recht zur Freiheit in der Berufswahl verfügen (s. o.), • die Existenz einer Vielzahl von Gleichstellungsgesetzen und gesellschaftlichen und politischen Bemühungen auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene, die darauf abzielen, die Rechte von Frauen in allen Bereichen durchzusetzen, was den politischen Vorstellungen des Autors widerspricht. Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der mindestens zwei Gesichtspunkte herangezogen und sachgerecht beurteilt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine differenzierte Argumentation, in der mehr als zwei Gesichtspunkte herangezogen und sachgerecht beurteilt werden. Dabei sollte er unbedingt auf die Wertvorstellungen des Grundgesetzes Bezug nehmen und in seiner Argumentation anführen, die konkreten Artikel müssen für eine volle Punktzahl jedoch nicht genannt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	20

2	ein zusammenfassendes Fazit formuliert, in dem er das Frauenbild des Autors als chauvinistisch, patriarchalisch und reaktionär klassifiziert und seine Vorstellungen zur Frauenfrage und Frauenrechten als nicht mit den Vorstellungen und den grundlegenden Werten des Grundgesetzes vereinbar bewertet und deutlich macht, dass das Frauenbild des Autors konträr zu dem ist, welches heute in Verfassung und Gesellschaft vorherrscht.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Autor ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	arbeitet den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	8			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	20			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	erläutert die veränderte ...				
1	den Wandel der ...	10			
2	auf wesentliche wirtschaftliche ...	8			
3	auf wesentliche gesellschaftliche ...	8			
4	charakterisiert anschließend das ...	10			
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	36			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	bewertet das Frauenbild ...	20			
2	ein zusammenfassendes Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2018

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(24 Punkte)*
2. Ordnen Sie den vorliegenden Text in den historischen Hintergrund des Ausbaus der NS-Herrschaft seit 1933 ein und arbeiten Sie Goebbels Sicht auf die Rolle der Parteien heraus. *(32 Punkte)*
3. Nehmen Sie aus heutiger Perspektive Stellung zu Goebbels Sicht auf die Rolle der Parteien. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Rede von Joseph Goebbels in Danzig am 06.04.1935. In: Helmut Heiber (Hrsg.): Goebbels Reden, Band 1: 1932 – 1939. Düsseldorf 1971, S. 206 – 211
(Die Rechtschreibung und die Hervorhebungen folgen dem Original, die Publikumsreaktionen und die wissenschaftlichen Fußnoten wurden aus Gründen der Lesbarkeit gekürzt.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Joseph Goebbels am 06.04.1935 in Danzig¹:

Deutsche Männer und Frauen des Danziger Landes!

[...] Dieser deutschen Stadt bringe ich den Gruß des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes! Denn ich stehe vor Euch nicht als Vertreter einer parlamentarischen Partei, ich ver-
trete nicht eine *Gruppe* des Volkes, – ich spreche zu Euch als der Repräsentant der ganzen
5 Nation. Denn *die* Zeiten, da Deutschland durch die Parteien zerrissen war und deshalb in Kraft-
losigkeit und Ohnmacht versank, – *die* Zeiten sind endgültig dahin! Aus dem Wirrwarr der
Parteien hat sich wieder strahlend und stark das ewige Deutsch Reich erhoben, dieses ewige
Deutsche Reich, das auch Euer Mutterland ist und zu dem zu bekennen heute keine Schande
mehr sein kann, denn die Jahre, da wir in Schmach und Demütigung versanken, liegen hinter
10 uns, und vor uns liegen die Jahre, da das Reich sich wieder zu neuer Macht und zu neuem
Ansehen erheben wird!

[...] Es kann nun niemand bezweifeln, daß diese kühne Politik² schon sichtbare Erfolge auf-
zuweisen hat. Denn als wir die Macht übernahmen, war das Reich ein Chaos. Heute, nach
zweijähriger Regierungstätigkeit, ist das Reich wieder ein Staat der Zucht, der Ordnung und
15 der Disziplin. Als wir die Macht übernahmen, saßen im Deutschen Reichstag noch siebzehn
Parteien, – wir haben sie weggefeht und haben *eine* Bewegung zur alleinigen Macht geführt!
Will nun etwa jemand behaupten, daß wir damit dem *Volke* Schaden zugefügt haben? Glaubt
Ihr, in Deutschland gäbe es noch *einen* Menschen, der etwa der Wirtschaftspartei blutige Trä-
nen nachweinte? Nein, wir haben die Parteien beseitigt, weil wir große Projekte durchführen
20 wollten und weil wir wußten: Wir können sie nicht durchführen, wenn uns diese Parteien
dauernd zwischen den Füßen herumlaufen! Wie hätten wir beispielsweise eine Armee auf-
bauen wollen, solange im Reichstag noch 130 sozialdemokratische Landesverräter saßen?
Wie hätten wir beispielsweise Reichsautobahnen bauen können, solange im Reichstag noch
Dutzend[e] von Parteien saßen, die an diesen Reichsautobahnen nur verdienen wollten? Hätten
25 wir ein solches Projekt dem Reichstag vorgelegt, – die Sozialdemokraten hätten vermutlich
gesagt: Wir bauen keine Autobahnen, denn die Arbeiter haben ja doch keine Autos. Die Deut-
sche Volkspartei hätte gesagt: Wir sind mit dem Projekt einverstanden, wenn die Mitglieder
der Deutschen Volkspartei ein bestimmtes Aktienpaket für Zementfabriken bekommen. Die
Wirtschaftspartei hätte vermutlich gesagt: Wir sind einverstanden, wenn man unserm Partei-
30 vorsitzenden, dem Bäckermeister Drewitz³, die Erlaubnis gibt, an den Autobahnen Bäcker-
läden aufzuschlagen. Wollen Sie mit diesen Parteien *Weltgeschichte* machen? Diese Parteien
machen keine *Geschichte*, sie machen *Geschichten*!

Darum haben wir sie durch eine starke, zentrale Führung ersetzt. [...] Fünfzehn Jahre lang
haben die anderen Parteien am Arbeitslosenproblem herumexperimentiert. Wir haben dieses
35 Problem angefaßt, und in zwei Jahren haben wir es zu zwei Dritteln bereits gelöst!

¹ In der seit 1920 unter Völkerbundprotektorat stehenden „Freien Stadt Danzig“ war am 07.04.1935 der Volkstag (das Parla-
ment) neu zu wählen.

² Goebbels bezieht sich hier auf die Erfolge der Politik des NS-Staates.

³ Hermann Drewitz (1887 – 1955): deutscher Politiker, zählte zu den Begründern der Reichspartei des deutschen Mittel-
standes (Wirtschaftspartei) und war von 1920 bis 1931 sowie 1932/33 Vorsitzender der Partei auf Reichsebene.



Name: _____

Die sich so christlich dünkenden Parteien haben uns Heidentum vorgeworfen; und während sie uns das vorwarfen, haben wir im Winterhilfswerk eine der größten aller christlichen Taten der Weltgeschichte vollzogen! Die parlamentarischen Parteien waren zu schwach, das Reich zu einigen. Jedesmal, wenn eine deutsche Regierung in Genf oder in Paris oder in Spa oder
40 in Cannes verhandelte⁴, fiel ihr entweder eine *Partei* oder ihr fiel ein deutsches *Land* in den Rücken! *Heute* ist das vorbei, das Ausland kann sich auf keinen Bundesgenossen im Reiche selbst mehr berufen! Denn heute spricht im Namen des Reiches *ein* Mann! Und in seiner Stimme klingen die Stimmen von 66 Millionen Deutschen wider!

45 Damit aber nicht genug. Wir haben nicht nur die *gefährlosen*, wir haben auch die *gefährlichen* Probleme angefaßt. Wir haben nicht aus Angst vor dem Weltjudentum den Griff ins jüdische Wespennest in Deutschland unterlassen, – wir haben die Juden aus dem öffentlichen Leben herausgefegt! Sie können nicht mehr auf den Bühnen oder im Film oder in den Zeitungen im Namen des deutschen Volkes reden, sie haben kein Recht mehr, die deutsche Nation zu repräsentieren. [...]

⁴ Anspielungen auf die Abrüstungskonferenz in Genf 1932 – 34 und weitere internationale Konferenzen, die sich v. a. mit den Reparationsleistungen Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigten.

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2018

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (24 Punkte)
2. Ordnen Sie den vorliegenden Text in den historischen Hintergrund des Ausbaus der NS-Herrschaft seit 1933 ein und arbeiten Sie Goebbels Sicht auf die Rolle der Parteien heraus. (32 Punkte)
3. Nehmen Sie aus heutiger Perspektive Stellung zu Goebbels Sicht auf die Rolle der Parteien. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Rede von Joseph Goebbels in Danzig am 06.04.1935. In: Helmut Heiber (Hrsg.): Goebbels Reden, Band 1: 1932 – 1939. Düsseldorf 1971, S. 206 – 211
(Die Rechtschreibung und die Hervorhebungen folgen dem Original, die Publikumsreaktionen und die wissenschaftlichen Fußnoten wurden aus Gründen der Lesbarkeit gekürzt.)

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2018

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. *Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte*
Inhaltsfeld 4: Die Zeit des Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Herrschaftsstrukturen, Nachwirkungen und Deutungen
 - Politische und ideologische Grundlagen des Nationalsozialismus
 - Nationalsozialistische Herrschaft und „Volksgemeinschaft“
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Redner (Joseph Goebbels), die Textsorte (Wahlkampfrede), die Adressaten (Wähler und Anhänger der NSDAP, die Einwohner Danzigs, die zeitgenössische Öffentlichkeit), den Zeitpunkt und Ort, an dem die Rede gehalten wurde (Danzig am 06.04.1935, d. h. am Vorabend der Wahl) sowie die Art des zu untersuchenden Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema in etwa: die erfolgreiche Bilanz der bisherigen Tätigkeit der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland.	2
3	formuliert als Kernaussage in etwa: Die Stärke und Entschlossenheit der nationalsozialistischen Politik hätten unter Führung Hitlers in der Innen- wie der Außenpolitik für das deutsche Volk und die deutsche Nation bereits mehr erreicht als die Parteien zuvor in der Republik.	4
4	gibt den Gedankengang des Redners mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt wieder: Goebbels • richtet eine Grußadresse der Heimat an die Einwohner Danzigs, • rekapituliert den Wiederaufstieg Deutschlands, die innenpolitischen Erfolge der Nationalsozialisten sowie den Zukunftsoptimismus und das neue Selbstbewusstsein der Deutschen, • übt anhand der Beispiele von Wiederaufrüstung und Autobahnbau Kritik an den übrigen Parteien und parlamentarischen Verfahrensweisen, • nennt die Überwindung des Parteienpluralismus und die Etablierung des Führerprinzips als Gründe für den Erfolg, • hebt die Ausgrenzung der Juden aus dem öffentlichen Leben als Erfolg hervor.	4

5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punkteanteile ausweisen zu können.): • Die Zeiten des Pluralismus seien in Deutschland vorbei, ein neues Deutsches Reich habe sich etabliert, auf das jeder Deutsche stolz sein könne. • Die Erfolge nach zweijähriger Regierungszeit lägen auf der Hand: Als der Nationalsozialismus die Macht übernommen habe, habe es in Deutschland noch 17 Parteien gegeben – diese habe man beseitigt und so die Realisierung großer Projekte wie Autobahnbau und Wiederaufrüstung ermöglicht. • Die Parteien seien durch eine starke Führung ersetzt und das Arbeitslosenproblem gelöst worden und mit dem Winterhilfswerk sei eine der größten christlichen Taten der Menschheitsgeschichte vollbracht worden. • Auch die Außenpolitik werde nicht mehr durch die Zerstrittenheit der deutschen Parteien und den Föderalismus behindert, nun spreche nur noch ein Mann im Namen des Reiches und des Volkes. • Auch gefährliche Probleme würden angefasst, so habe der Nationalsozialismus z. B. die Juden aus dem öffentlichen Leben und hier vor allem aus dem kulturellen und intellektuellen Leben entfernt.	12
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	ordnet den vorliegenden Text in den historischen Hintergrund des Ausbaus der NS-Herrschaft seit 1933 ein; er nimmt dabei Bezug auf:	
1	die politischen Entwicklungen im Kontext der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur mit der Beseitigung von Rechtsstaat und parlamentarischer Demokratie von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bis zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, von denen der vierte und der letzte Aspekt obligatorisch sind, z. B.: • Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durch Hindenburg, • die am 01. Februar 1933 erfolgte Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten von Hindenburg, • die am 04. Februar per Notverordnung des Reichspräsidenten erlassene „Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes“, welche die Presse- und Versammlungsfreiheit weitgehend einschränkte, • die nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar erfolgte Notverordnung „zum Schutze von Volk und Staat“, welche die Grundrechte der Weimarer Verfassung erheblich einschränkte bzw. aufhob, • den Beginn der Verhaftungs- und Terrorwelle gegen politische Gegner, insbesondere Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Liberale, • die Einrichtung der ersten Konzentrationslager (KZ Dachau ab dem 22. März 1933), • die Sicherung der Mehrheit für NSDAP und DNVP durch die Reichstagsauflösung und -neuwahl (05.03.1933) unter unfreien Bedingungen, • den Tag von Potsdam als propagandistisches Großereignis zur Aufwertung Hitlers, • die scheinlegale Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes mit manipulierter Herbeiführung einer Zweidrittelmehrheit als Indiz für die nur noch scheinbare Achtung verfassungsmäßiger Spielregeln und die Machtkonzentration bei der Exekutive und die Aufhebung der Gewaltenteilung durch Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes.	10

2	die Sicherung und den Ausbau der Macht hin zu einer totalitären Diktatur Hitlers und der NSDAP durch weitere Maßnahmen zur Ausschaltung des Parlamentarismus und Gleichschaltung sowohl des Staatsapparates als auch weiterer Lebensbereiche, die auch in Goebbels Rede Erwähnung finden, bis zum Zeitpunkt des Erscheinens des Textes im April 1935, von denen er mindestens drei Aspekte berücksichtigt, z. B.: • die brutale Beseitigung von Teilen der SA-Führung im Kontext des sogenannten „Röhm-Putsches“ aufgrund von machtpolitischen und ideologischen Differenzen innerhalb der NSDAP, • die Gleichschaltung von Presse, Film und Rundfunk, die als Mittel zur Beeinflussung der Bürger eingesetzt wurden und die Goebbels in seiner Rede direkt anspricht, • die bis zum 05. Juli erfolgte Selbstauflösung der im Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien, aus Furcht vor Verfolgung und Unfähigkeit zu politischer Betätigung, • das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933, mit dem der nationalsozialistische Einparteiensstaat endgültig etabliert wurde, • die Beseitigung der Gewaltenteilung zwischen Reich und Ländern 1933/34 durch die Aufhebung des Föderalismus, d. h. durch die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und die damit verbundene Aufhebung der Rechte der Länder, welche auch Goebbels thematisiert, • die Gleichschaltung des Beamtenapparats durch das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, • die auch von Goebbels thematisierte Etablierung des Führerprinzipes auf allen Ebenen und in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft, • die Gleichschaltung im kulturellen Bereich u. a. durch die Errichtung der Reichskulturkammer, • die von Goebbels erwähnte Etablierung antisemitischer Maßnahmen und Gesetze mit dem Ziel der Entrechtung und Ausschaltung von Juden aus dem öffentlichen Leben, • die Zusammenlegung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten und die Vereidigung der Reichswehr auf die Person des ‚Führers und Reichskanzlers‘ Hitler nach Hindenburgs Tod im August 1934, auf die auch Goebbels indirekt Bezug nimmt.	10
3	arbeitet Goebbels ablehnende Sicht auf die Rolle der politischen Parteien heraus. Er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • Goebbels’ antidemokratisches und antipluralistisches Verständnis von Parteien, wenn er von einem „Wirrwarr der Parteien“ spricht, • seine durchgängige Kritik, Diffamierung und Verachtung der Rolle und der Arbeit der Parteien und der Prozesse parlamentarischer Kompromissbildungen: „Die parlamentarischen Parteien waren zu schwach, das Reich zu einigen.“, • die Beschuldigung und Beschimpfung der Parteien mit Hilfe von klischeehaften Stereotypen: „Wie hätten wir beispielsweise eine Armee aufbauen wollen, solange im Reichstag noch 130 sozialdemokratische Landesverräter saßen?“, • die sprachliche Diskreditierung der anderen Parteien: „Diese Parteien machen keine <i>Geschichte</i>, sie machen <i>Geschichten</i>!“, • Goebbels positiven Rekurs auf das Führerprinzip in Abgrenzung zum Mehrheitsprinzip, welches die übrigen Parteien vertreten „Denn heute spricht im Namen des Reiches <i>ein Mann</i>!“, • die mangelnde Bereitschaft zur Aushandlung von Kompromissen, welche die parteiübergreifende Grundlage parlamentarischer Arbeit darstellt: „Nein, wir haben die Parteien beseitigt, weil wir große Projekte durchführen wollten und weil wir wußten: Wir können sie nicht durchführen, wenn uns diese Parteien dauernd zwischen den Füßen herumlaufen!“.	12
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	nimmt aus heutiger Perspektive Stellung zu Goebbels Sicht auf die Rolle der Parteien, indem er die heutige Sicht auf die Rolle der Parteien beschreibt, die durch eine ebenso tiefe wie breite Präsenz und Verankerung der Parteien in Staat und Gesellschaft auf allen Ebenen geprägt ist, auch wenn aktuell Tendenzen zu einer neuen Skepsis gegenüber den Parteien und demokratischen Verfahrensweisen zu beobachten sind. Er macht deutlich, dass Goebbels Position in jeglicher Hinsicht den Vorstellungen der freiheitlich-rechtlichen Grundordnung entgegengesetzt ist; er berücksichtigt dabei z. B.: • die im Grundgesetz fixierte herausragende Rolle und Verantwortung der Parteien für die politische Willensbildung und die Funktionsweise parlamentarischer und demokratischer Prozesse, • die Tatsache, dass das politische System der Bundesrepublik eine klassische Parteiendemokratie ist, • die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz der Notwendigkeit und der Arbeit von Parteien im Prozess der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung, • die Tatsache, dass Parteien die unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Interessen in der Gesellschaft artikulieren, sie zu politischen Konzepten und Programmen bündeln und Lösungen für politische Probleme suchen, • die gesellschaftliche wie politische Verankerung der Parteien von der kommunalen Ebene bis auf die europäische Ebene, • die (bisweilen kritisierte) Omnipräsenz der Parteien in Alltag und Medien, • die Chance auf politische Betätigung, für die die Parteien und ihre Unterorganisationen den Bürgerinnen und Bürgern auf verschiedenste Weise Gelegenheit bieten, • die klare Ausrichtung aller in Deutschland legalen Parteien an den Rahmenbedingungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, • den Meinungspluralismus innerhalb der Parteien, der politische Debatten und parteipolitische Entwicklungen fördert, • die Entstehung neuer Parteien wie der Grünen, der Partei Die Linke oder der AfD als Ausweis für eine lebendige politische Kultur, • die Rolle der Oppositionsparteien in den Parlamenten, die die jeweilige Regierung kontrollieren, kritisieren und politische Alternativen entwickeln. Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der insgesamt mindestens zwei Gesichtspunkte sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine differenzierte Argumentation, in der erörternd insgesamt mindestens vier Gesichtspunkte sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	20
2	formuliert ein Fazit, in dem er aufzeigt, dass aus heutiger Perspektive Goebbels Sicht auf die Rolle der Parteien und die von ihm angeführten Argumente mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie sich aus dem Grundgesetz und der politischen Realität in Deutschland ergibt, völlig unvereinbar ist.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Redner ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	12			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	24			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	ordnet den vorliegenden ...				
1	die politischen Entwicklungen ...	10			
2	die Sicherung und ...	10			
3	arbeitet Goebbels ablehnende ...	12			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	32			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	nimmt aus heutiger ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2018

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(24 Punkte)*
2. Ordnen Sie den Text in den Hintergrund der politischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa seit Mitte der 1980er Jahre bis zur Veröffentlichung des vorliegenden Textes ein und arbeiten Sie die politische Position des „Demokratischen Aufbruchs“ in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft der DDR heraus. *(32 Punkte)*
3. Vergleichen Sie die hier angestrebte Vorgehensweise mit dem tatsächlichen Prozess der Wiedervereinigung bis zum 03. Oktober 1990. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Der „Demokratische Aufbruch“ und die deutsche Frage. Aus: Lausitzer Rundschau (Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den Bezirk Cottbus), Nr. 9, 11.01.1990, 39. Jahrgang
hier aus: <http://www.ddr89.de/ddr89/da/cottbus.html>

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Erklärung des „Demokratischen Aufbruchs“ in der „Lausitzer Rundschau“ am 11. Januar 1990¹

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist ein Thema, aber für uns jetzt nicht das Thema Nr. 1. Jetzt gilt es, die demokratische Entwicklung in unserem Land, die erst am Anfang steht, unumkehrbar zu gestalten. Wir kämpfen zunächst um eine umfassende Wirtschaftsreform, um gleichberechtigten Zugang zu allen Medien, um ein neues Wahlgesetz
5 und um die restlose Auflösung der stalinistischen politischen Strukturen.

Und doch bewegt die deutsche Frage, die Zukunft beider deutscher Staaten im Herzen von Europa, die Menschen unglaublich. Das Für und Wider einer deutschen Einheit bildet einen neuen Riss in unserer Gesellschaft, gefördert durch eine intolerante und verantwortungslose Polemik der SED-PDS² unter der Überschrift „Angetreten gegen rechts“ (ganzseitige Anzeige
10 im ND³)! So einfach ist das; wer für eine Vereinigung ist, ist ein Rechter, ein Nationalist, wer wider die Vereinigung ist, ist ein Linker, ein Sozialist. Diese undifferenzierte Betrachtung erschreckt uns. Deshalb ist eine klare Stellungnahme des „Demokratischen Aufbruchs“ zur deutschen Frage notwendig.

Wir finden uns mit der Spaltung Deutschlands nicht ab. Wir streben nach einer Überwindung
15 der Teilung unter folgenden Voraussetzungen:

- Abschluss einer Friedensordnung in Europa bei gleichzeitiger Anerkennung aller bestehenden Grenzen
- Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR und der BRD einschließlich Abzug aller alliierten Truppen innerhalb einer festzusetzenden Frist
- 20 – ausschließlich friedliche Festlegungen mit den europäischen Nachbarn als umfassende kooperative Politik in Europa

Der Weg führt von vertraglicher Bindung zwischen den deutschen Staaten über einen Staatenbund zu einem Bundesstaat. Die Länge der Wegstrecke wird vorrangig durch die wirtschaftliche Entwicklung der DDR bestimmt, der Weg selbst muss durch alle Bürger gebaut, bzw.
25 gestaltet werden. Unsere ökonomische Situation lässt uns keinen Spielraum für sozialistische Experimente. Eine Wirtschafts- und Währungsunion muss angestrebt werden, denn nur durch ökonomische Leistungsfähigkeit können wir die sozialen Errungenschaften absichern, die Umweltprobleme lösen und eine weitgehende Vollbeschäftigung sichern. Wir sind für eine Einheit der deutschen Nation in Würde und Gleichberechtigung! Ein Traum von Wiedervereinigung heute, Porsche morgen und den Bahamas übermorgen entspricht nicht den Realitäten
30 in Europa und in den beiden deutschen Staaten.

¹ Der „Demokratische Aufbruch“ war eine von mehreren Oppositionsparteien in der DDR, die sich im Herbst 1989 gründeten und in Wahlbündnissen an den ersten freien Wahlen im März 1990 teilnahmen.

² Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ wurde im Dezember 1989 durch Zusatzbezeichnung zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“.

³ Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ war das Zentralorgan der SED, in der die Regierungspolitik der DDR offiziell dargestellt wurde.



Name: _____

Wir alle können gewiss sein: Die vielfältigen familiären, kulturellen, wirtschaftlichen und historischen Gemeinsamkeiten gilt es zu bewahren und zügig auszubauen, damit zusammenwächst, was zusammengehört. Gemeinsame Verantwortung gegenüber der Natur bzw. der
35 Umwelt sowie gegenüber dem Frieden in der Welt wird die Annäherung und somit die Einheit der deutschen Nation fördern.

Das Herangehen der SED-PDS an das Problem des Rechtsradikalismus ist beängstigend. Auch wir verurteilen rechtsradikale, faschistische und chauvinistische⁴ Schmierereien und Übergriffe⁵ auf das Schärfste. Hier ist der Einsatz rechtsstaatlicher Mittel (Polizei, Zoll) not-
40 wendig und zur Zeit⁶ ausreichend. Demonstrationen und groß angelegte Publikationen dokumentieren zwar die Ablehnung dieser Tendenzen, sind aber nicht geeignet, deren Ausbreitung zu verhindern. Die Einheitsfront aller in der DDR offiziell wirkenden Kräfte gegen den Rechtsradikalismus ist da, sie braucht nicht beschworen zu werden. Wichtiger ist es, differenziert auf die Zielgruppen dieser Bewegung, besonders auf die Jugend, einzugehen, um einer weite-
45 ren Ausbreitung entgegen zu wirken. Wir alle haben uns die Demokratie in einer großartigen, friedlichen Revolution im Herbst 1989 erkämpft. Wir dürfen sie weder durch ein Aufkommen des Rechtsradikalismus noch durch ein Wiedererstarken des Stalinismus⁷ gefährden lassen. Beide streben eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit des Volkes an. Wir wollen ein demokratisches, entmilitarisiertes und humanistisches Deutschland in einem geeinten Europa
50 schaffen.

Demokratischer Aufbruch
Kreisorganisation Cottbus

⁴ Die Überzeugung, überlegen zu sein, etwa in nationaler Hinsicht.

⁵ im Original „Übergriffs“

⁶ im Original „Zelt“

⁷ Brutale Herrschaftsweise des sowjetischen Diktators Stalin (1878 – 1953), die in allen kommunistischen Ostblockstaaten gefürchtet war, aber auch nachgeahmt wurde.

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2018

Geschichte/Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Gedankengang und Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (24 Punkte)
2. Ordnen Sie den Text in den Hintergrund der politischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa seit Mitte der 1980er Jahre bis zur Veröffentlichung des vorliegenden Textes ein und arbeiten Sie die politische Position des „Demokratischen Aufbruchs“ in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft der DDR heraus. (32 Punkte)
3. Vergleichen Sie die hier angestrebte Vorgehensweise mit dem tatsächlichen Prozess der Wiedervereinigung bis zum 03. Oktober 1990. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Der „Demokratische Aufbruch“ und die deutsche Frage. Aus: Lausitzer Rundschau (Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den Bezirk Cottbus), Nr. 9, 11.01.1990, 39. Jahrgang
hier aus: <http://www.ddr89.de/ddr89/da/cottbus.html>

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2018

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. *Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte*
Inhaltsfeld 5: Nationalismus, Nationalstaat und europäische Integration
 - Entstehung, Auswirkungen und Überwindung der deutschen und europäischen Teilung 1945 bis 1989/90
 - Lebenssituation der Menschen in der DDR
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Autor (unbekannter Verfasser aus der Partei „Demokratischer Aufbruch“), die Textsorte (Stellungnahme in einem Zeitungsartikel), die Adressaten (Öffentlichkeit der DDR im Bezirk Cottbus), den Zeitpunkt der Veröffentlichung (11. Januar 1990) sowie die Art des zu untersuchenden Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema in etwa: die Sichtweise des Demokratischen Aufbruchs auf den einzuschlagenden Weg zur Deutschen Einheit und die zu lösenden gesellschaftlichen Probleme.	2
3	formuliert als Kernaussage in etwa: Die Wiedervereinigung müsse demokratisch geordnet und europäisch einvernehmlich angegangen werden; zuvor sei es notwendig, die politisch extremen Tendenzen zu bekämpfen, damit ein demokratisches, entmilitarisiertes, humanistisches und geeintes Deutschland geschaffen werden könne.	4
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt wieder: Der Demokratische Aufbruch • nennt die Wiedervereinigung das nicht vordringlichste politische Ziel, • formuliert die zuvor zu erringenden internationalen Grundlagen der Einheit, • entwirft einen politischen Weg zur Wiedervereinigung, • verurteilt rechtsradikale Tendenzen und die Antwort der SED-PDS darauf, • umreißt abschließend das Ziel eines demokratischen Deutschlands in Europa.	4
5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punkteanteile ausweisen zu können.): • Nicht die schnelle Wiedervereinigung sei vorrangig, sondern die Durchsetzung demokratischer Normen in der DDR, wie die Polemik der SED-PDS gegen die Einheits-Forderungen der Menschen belegt, die von ihr grundlegend als nationalistisch und rechts diffamiert würden. • Vor einer Wiedervereinigung seien internationale Ziele zu erreichen, so eine umfassende Friedensordnung, die Anerkennung der europäischen Grenzen, das deutsche Selbstbestimmungsrecht und der Abzug aller Truppen, sowie eine kooperative Politik mit den europäischen Nachbarn. • Der Einheit müsse zunächst ein Staatenbund auf dem Weg zum Bundestaat und eine Wirtschafts- und Währungsunion zur Schaffung sozial und ökonomisch abgesicherter Lebensverhältnisse vorangehen; familiäre, kulturelle, wirtschaftliche und historische Gemeinsamkeiten und der Umweltschutz müssten dabei berücksichtigt werden.	12

	• Dem Problem rechtsgerichteter und stalinistischer Tendenzen in der DDR müsse geschlossen entgegengetreten werden, derzeitige staatliche Maßnahmen seien aber ausreichend und damit von der SED-PDS angestrebte Lösungen unnötig. • Das Ziel sei weiterhin, ein demokratisches, entmilitarisiertes und humanistisches Deutschland in einem geeinten Europa zu schaffen.	
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	ordnet den Text in den Hintergrund der politischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa sowie der DDR seit Mitte der 1980er Jahre bis zur Veröffentlichung des vorliegenden Textes ein und arbeitet die politische Position des „Demokratischen Aufbruchs“ in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft der DDR heraus, indem er folgende Aspekte berücksichtigt:	
1	den seit Mitte der 80er Jahre einsetzenden und sich bis 1989 beschleunigenden politischen Wandel in Ost- und Mitteleuropa durch die Reformen in der Sowjetunion und damit z. T. verknüpfte politische Prozesse des Umbruchs in anderen sozialistischen Ländern als Voraussetzung für das Zustandekommen der deutschen Einheit; er berücksichtigt dabei mindestens drei Punkte, z. B.: • die sich verschärfende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Krise in den sozialistischen Ländern als Folge wirtschaftlicher Strukturprobleme, politischer Repression und fehlender demokratischer Legitimation und des Rüstungswettlaufs mit dem Westen als Ausgangspunkt für den politischen Wandel, • die sowjetische Liberalisierungspolitik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Glasnost und Perestroika) durch den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow, welcher erste Reformen (u. a. freie Meinungsäußerung) auf den Weg brachte, • die Aufgabe der Breschnew-Doktrin, was den Weg zu Reformen und zur Demokratisierung in den Ostblockstaaten ermöglichte, • die Entstehung antikommunistischer Reformbewegungen in Polen und Ungarn sowie in anderen Staaten und sowjetischen Teilrepubliken als Zeichen des einsetzenden politischen Wandels, • wachsende Konflikte zwischen und innerhalb der sozialistischen Staaten in Hinblick auf die von Gorbatschow angestoßenen Reformen und deren Auswirkungen auf das eigene Land, • den Abbau von Sperranlagen an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich Mitte 1989, welcher eine Fluchtbewegung von Bürgern der DDR in den Westen auslöste.	10
2	die politische Entwicklung in der DDR im Jahre 1989, die in Folge der Umbrüche in den östlichen Nachbarstaaten ebenfalls eine Welle von politischer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit erfuhr, die schließlich zum Mauerfall und Forderungen nach der Wiedervereinigung führten; er berücksichtigt dabei mindestens drei Punkte, z. B.: • die wachsende Unzufriedenheit – insbesondere der jugendlichen – Bevölkerung der DDR, die aufgrund von Mangelwirtschaft und weiterhin bestehender politischer und kultureller Repression sich nach westlichen Waren und kulturellen Werten sehnte, ohne dass ein Einlenken der SED-Führung in Sicht gewesen wäre, • die strikte Weigerung der DDR-Führung, trotz der beginnenden Reformen in der Sowjetunion ihr Machtmonopol in Frage zu stellen und mehr persönliche, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Freiheiten für die Bevölkerung zu gewähren,	10

	• die Bildung und Ausdehnung einer v. a. durch die Kirchen getragenen Friedens- und Protestbewegung, die grundlegende Probleme wie fehlende Demokratie kritisierte und bisher vorenthaltene Freiheitsrechte innerhalb einer reformierten DDR forderte, • die Formierung von politischen Initiativen – wie hier der Demokratische Aufbruch –, die eine Demokratisierung der DDR forderten, • die anwachsende Ausreise- bzw. Fluchtbewegung in den Westen, z. T. über andere Ostblockstaaten (sog. „Botschaftsflüchtlinge“, Flucht über die geöffnete ungarisch-österreichische Grenze), • die überraschende Öffnung der Grenze in den Westen, den Fall der Mauer am 9. November 1989, • den 10-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung durch Bundeskanzler Helmut Kohl (28. November 1989), • die im Januar 1990 zunächst für den Mai, dann für den März angekündigten ersten freien Wahlen der DDR, an denen auch der Demokratische Aufbruch teilnehmen würde, • die im vorliegenden Text erkennbaren und in der Bevölkerung der DDR manifesten Forderungen nach einer raschen deutschen Wiedervereinigung, • die im Text erkennbaren Zweifel der Bürgerrechtsbewegungen, ob die DDR nicht vielleicht auch mit einer veränderten politischen Ausrichtung noch Bestand haben könnte.	
3	arbeitet die politisch demokratische und moderate Position des „Demokratischen Aufbruchs“ in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft der DDR heraus; er berücksichtigt dabei mindestens drei Punkte, z. B.: Der „Demokratische Aufbruch“ • zeigt sich demokratisch und fortschrittlich und damit als Alternative zur SED bzw. zu den bestehenden Blockparteien der DDR, wie etwa in folgendem Zitat erkennbar wird: „Jetzt gilt es, die demokratische Entwicklung in unserem Land, die erst am Anfang steht, unumkehrbar zu gestalten“, • präsentiert sich anti-sozialistisch, da er die Politik der SED-PDS deutlich ablehnt, wie etwa in folgendem Zitat erkennbar wird: Die Diskussion um die deutsche Einheit „bildet einen neuen Riss in unserer Gesellschaft, gefördert durch eine intolante und verantwortungslose Polemik der SED-PDS“, • lehnt das Wirtschaftssystem der DDR ab, wie etwa in folgendem Zitat erkennbar wird: „Unsere ökonomische Situation lässt uns keinen Spielraum für sozialistische Experimente“, • zeigt sich aber auch nicht als Anhänger einer radikalen Marktwirtschaft, sondern einer sozialen Absicherung, deren Errungenschaften in der DDR beibehalten werden sollen, wie etwa in folgendem Zitat erkennbar wird: „denn nur durch ökonomische Leistungsfähigkeit können wir die sozialen Errungenschaften absichern“, • will nicht als nationalistisch gelten, wie ihre Ablehnung der Diffamierungskampagne durch die SED-PDS belegt, in der von „undifferenzierte[r] Betrachtung“ durch die SED-PDS die Rede ist, • ist keinesfalls eine rechtsradikale Partei, da sie derartige Tendenzen verurteilt, wie etwa in folgendem Zitat erkennbar wird: „Auch wir verurteilen rechtsradikale, faschistische und chauvinistische Schmierereien und Übergriffe auf das Schärfste“, • bekennt sich jedoch zu nationalen Zielen, insbesondere der Wiedervereinigung, die aber schrittweise und nicht überhastet erfolgen soll, wie etwa in folgendem Zitat erkennbar wird: „Wir finden uns mit der Spaltung Deutschlands nicht ab“, • erklärt sein ökologisches Interesse in Bezug auf Umwelt- und Naturschutz, wie etwa in folgender Forderung erkennbar wird: „Gemeinsame Verantwortung gegenüber der Natur bzw. der Umwelt“, • zeigt sich realistisch in Bezug auf die nötige Akzeptanz der aktuellen europäischen Grenzen, wie etwa in folgendem Ziel erkennbar wird: „Abschluss einer Friedensordnung in Europa bei gleichzeitiger Anerkennung aller bestehenden Grenzen“,	12

	• belegt eine pazifistische Einstellung, da er die Entmilitarisierung Deutschlands und den alliierten Truppenabzug fordert, wie etwa in folgenden Forderungen erkennbar wird: „Abzug aller alliierten Truppen innerhalb einer festzusetzenden Frist“ sowie ein „entmilitarisiertes und humanistisches Deutschland“, • ist proeuropäisch eingestellt, da er ein geeintes Europa als Ziel angibt, wie etwa in folgendem Ziel erkennbar wird: „Deutschland in einem geeinten Europa“.	
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	vergleicht die hier angestrebte Vorgehensweise mit dem tatsächlichen Prozess der Wiedervereinigung bis zum 03. Oktober 1990. Er berücksichtigt dabei einerseits die Gemeinsamkeiten zwischen den Forderungen des Demokratischen Aufbruchs und dem tatsächlichen Prozess der Wiedervereinigung, z. B. folgende Aspekte: • das abschließende Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands, welches in der staatlichen Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990 realisiert wurde, • die Entmachtung der in der Quelle mehrfach für ihre Polemik und Politik kritisierten SED-PDS als alleinregierender Partei („sozialistische Experimente“), welche durch die ersten freien Wahlen der DDR am 18. März 1990 tatsächlich erfolgte, • die angestrebte „vertragliche Bindung zwischen den deutschen Staaten“ und die „Wirtschafts- und Währungsunion“, die in der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ (01. Juli) zwischen der BRD und der DDR verwirklicht wurde, • der angestrebte „Abschluss einer Friedensordnung in Europa bei gleichzeitiger Anerkennung aller Grenzen in Europa“, der im 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 Realität wurde, • die Erlangung des „Selbstbestimmungsrecht[s] der Deutschen in der BRD und der DDR“, das Kernbestandteil ebenfalls im 2+4-Vertrag war, • die „friedliche[n] Festlegungen mit den europäischen Nachbarn“, die im weitergehenden europäischen Einigungsprozess schon 1990 zum „Schengen II-Abkommen“, also zum Abbau der Grenzkontrollen im Personenverkehr zwischen den beteiligten Staaten führten und weitergehend 1992 mit dem Vertrag von Maastricht fortgesetzt wurden – welcher bereits im Einigungsprozess mit der grundlegenden Zustimmung Kohls zur Einführung einer Gemeinschaftswährung gegenüber Frankreich eine Grundlage fand. andererseits die Unterschiede zwischen den Forderungen des Demokratischen Aufbruchs und dem tatsächlichen Prozess der Wiedervereinigung, z. B. folgende Aspekte: • der hier geforderte schrittweise Vereinigungsweg über einen Staatenbund zu einem Bundesstaat, der keine Umsetzung fand, sondern innerhalb von 9 Monaten über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (01. Juli) zur Wiedervereinigung am 03. Oktober führte, • der geforderte „Abzug aller alliierten Truppen“, der nicht vor der Wiedervereinigung stattfand und auch bis heute aufgrund der Zugehörigkeit zur NATO politisch nicht gewünscht ist, • die verlangte „Einheit der deutschen Nation in Würde und Gleichberechtigung“, die durch den Beitritt der ostdeutschen Länder nach Artikel 23 erfolgte und nicht durch eine neu zu schaffende gesamtdeutsche Verfassung (nach Artikel 146) im Einigungsvertrag festgelegt wurde, • der angestrebte gewisse wirtschaftliche Wohlstand, der vor der Einheit aufgrund einer nicht wettbewerbsfähigen Wirtschaft der DDR nur teilweise erreicht wurde.	20

	Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der insgesamt mindestens zwei Gesichtspunkte aus den beiden Blöcken sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine differenzierte Argumentation, in der erörternd insgesamt mindestens vier Gesichtspunkte ausgewogen aus den beiden Blöcken sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	
2	formuliert ein Fazit, in dem er zeigt, dass es Übereinstimmungen zwischen den im Programm des Demokratischen Aufbruchs geäußerten Forderungen und dem Prozess und den Folgen der Wiedervereinigung gab, dass es jedoch insbesondere in der Geschwindigkeit des Einigungsprozesses auch deutliche Differenzen gab, die dem Wählerwillen und der wirtschaftlichen Anziehungskraft des Westens geschuldet waren.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Autor ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	12			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	24			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	ordnet den Text ...				
1	den seit Mitte ...	10			
2	die politische Entwicklung ...	10			
3	arbeitet die politisch ...	12			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	32			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	vergleicht die hier ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0